

15. X. 1918

117

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Ganzjährig 72 Kronen, halbj. 36 Kronen, viertelj. 18 Kronen, monatl. 6.50 Kronen.  
 Bloss Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, viertelj. 13 Kronen, monatlich 4.50 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährig 30 Kronen, halbj. 15 Kronen, viertelj. 7.50 Kronen, monatl. 2.60 Kronen.  
 Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.  
 Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt.  
 Für das Ausland mit direkter Kreuzsendung vierteljährig: Für Deutschland 24 K., für alle übrigen Staaten 25 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

Nagy, Julius & Co., Gab. Leopold, Ant. Hozel, Rudolf Mosas, Jul. Tenzer, Ludwig Högyl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anordnungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Dienstag, 15. Oktober 1918

Jr. 241

### Budapest, 14. Oktobe

Stoßlosigkeit in der Gefahr ist die schlimmste aller Gefahren. In unserer Monarchie herrscht augenblicklich Kopflosigkeit. Auf sturmgepeitschter See treibt das Schiff, und die Kommandobrücke steht leer. Wenn ja, wäre jetzt ein starker Führerwille not, dem unerschrockene Besonnenheit, unbeirrbares Urteil und eine Hand, die von dem Steuernuder den richtigen Brauch zu machen weiß, zur Verfügung stehen. Statt dessen erblicken wir überall Verwirrung in den Köpfen, Unklarheit im Erfassen der Gebote dieser kritischen Zeit, Schwanken in den Entschlüssen und die Neigung, das drohende Verhängnis dadurch abzuwehren, daß man ihm auf halbem Wege entgegengeht. Man steuert schnurstracks dem Chaos zu, aber das wird nicht das Chaos sein, aus dem der tanzende Stern geboren werden kann.

Gleichzeitig sind in Oesterreich und in Ungarn Regierungskrisen heraufbeschworen. Unverständlich genug ist schon die österreichische. Baron Hussarek hatte es eilig, den Reichsrat einzuberufen. Ihn drängte es, die Gefahren, die schon da sind, und die anderen, die noch kommen werden, durch ein erlösendes Wort zu meistern. Dann stellte es sich heraus, daß dieses Jawortwort, von dem er sich die Rettung des inneren Führung verantwortlichen Staates aus Not und Gefahr versprach, die glatte Selbstverneinung Oesterreichs war. Was daraus folgen mußte, ließ nicht lange auf sich warten. Nach dem Abfall der Tschechen, Polen und Südslawen vom österreichischen Staatsgebilde schlugen auch die Deutschösterreicher, dieses eigentliche und einzige Staatsvolk, einen neuen Weg ein, indem sie nunmehr auch für sich eine Sonderstaatlichkeit in Anspruch nahmen. Das erinnert an die betamte Scherzfonie, die anfangs mit orchesterlicher Wirkung einsetzt, in der aber dann ein Instrument um das andere sich entfernt, bis zuletzt nur noch die große Trommel übrig bleibt; nach einem kräftigen Schlag in diese verläßt endlich auch der letzte Musiker den Orchesterstand. Das haben jetzt jenseits der Leitha die Deutschösterreicher getan. Sonderbarerweise tauchte, nachdem die Hussaretsche Staatskunst diesen schönen Erfolg gezeitigt, zu allgemeiner Verblüffung die Idee eines Völkerministeriums auf. Herr v. Seidler, heute Direktor des Zivilkabinetts, erinnerte sich seiner alten Liebe aus der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft und holte sie (nach diesen Antezedentien!) aus der Kumpfkammer hervor. War die Idee damals schon abjurd, so mußte sie jetzt, nachdem alle Welt sich vom österreichischen Einheitsstaate abgewandt, geradezu ungemessentlich wirken. Der Ertrag des Versuches war, daß nach dem Paradeanzug aller Fraktionvertreter vor dem Kaiser von Oesterreich das mitwillig aus seiner Grabesruhe gestörte, totgeborene Kind unter mitleidslosem Hohlnächeln abermals, diesmal aber für immer, zu Grabe getragen wurde. Und nun scheidet Herr v. Hussarek aus

dem Ministerpräsidium und bleibt Herr v. Seidler noch wie vor Direktor des Zivilkabinetts. Im Zeitungsorgan der deutschösterreichischen Sozialdemokraten aber wird mit Genehmigung der Zensur verkündet, daß „sein Staatsreich von oben und keine Revolution von unten eine österreichische Regierung hervorbringen könnte, die von allen Nationen das Mandat zu Friedensverhandlungen bekäme, weil“ — fürwahr man traut keinen Augen nicht bei diesen Zeilen — „weil viele Nationen eben überhaupt Oesterreich nicht mehr wollen, sich als Bürger Oesterreichs nicht mehr fühlen, jeder österreichischen Regierung, wie immer sie ausjäh, das Recht, ihre Sache zu führen, absprechen.“ Und mit voller Seelenruhe wird ebenda über die Möglichkeit gehandelt, daß Wilson vielleicht überhaupt nicht die österreichisch-ungarische Regierung zu den Friedensverhandlungen einladen wird, sondern nur die Vertreter der einzelnen Nationen Oesterreichs und Ungarns. Merkwürdiger aber noch müdet die Art und Weise an, wie das leitende Wiener Blatt des österreichischen Staatsgefühls, die Neue Freie Presse, auf diesen Stand der Dinge reagiert. Sie findet sich mit der Auflösung Oesterreichs in eine Vielheit von Sonderstaaten ohne weiteres ab, wofür die Einheit der auswärtigen Politik und der Verteidigung, die Freiheit des Verkehrs und die Gesamthürgschaft für die Staatsschulden noch irgendwie gerettet werden könnten. Freilich fügt sie mit schlauem Augenzwinkern hinzu, unter diesem „dürftigen Notdach“ ließe sich dann auf eine bessere Zukunft wahren „auf eine Wiedererhebung in späterer Zeit“. Dieses schlaue Augenzwinkern kennt man aber schon aus der Zeit nach dem 1867er Ausgleich. Das war eben der große, unverzeihliche Fehler Deutschösterreichs, daß es auch in Dualismus, statt ihn als bon coeur als dauernde Grundlage der staatsrechtlichen Struktur und der Großmachstellung zu betrachten und zu behandeln, nur ein dürftiges Notdach erblickte, mit dem Sintergedanken „auf die Wiedererhebung in späterer Zeit“.

So hat drüben auch die eigentliche Staatspartei das Fundament allmählich zerrütet, auf dem der österreichische Einheitsstaat sich hätte festigen können. Und nun steht dieses selbe Deutschösterreich ratlos vor dem Abgrund da und weiß nichts Besseres anzufangen, als den von den Slawen betriebenen föderalistischen Zerlegungsprozeß auch noch durch sein Zutun zu fördern. Es heißt, daß Oesterreich vielleicht schon morgen eine neue Regierung haben wird. Mehr als zweifelhaft ist es jedoch, ob die neue Regierung das alte Glend zu meistern imstande sein werde.

In Ungarn wird die bis jetzt schleichende Regierungskrise wahrscheinlich schon morgen offen ausbrechen. In ihrem tiefsten Grunde ist auch sie mehr durch die Ratlosigkeit gegenüber der in den Wilsonschen Punkten nur in ganz undeutlichen Umrisen angedeuteten Zukunft der Monarchie als durch die parlamentarischen und inner-

politischen Verhältnisse des Landes veranlaßt. Unverantwortliche Faktoren jenseits der Leitha mögen in der herrschenden Unsicherheit die Neigung verspüren, den staatlichen Zerlegungsprozeß auch zu uns herüber zu verpflanzen. Immer schon hat ja in Oesterreich eine gewisse Scheelsucht gegenüber der bisher kraftvoll gemachten straffen Einheit des ungarischen Staates gewaltet. Weil man, nicht mit Unrecht, in dieser straff gemachten Einheit die Ursache des politischen Ubergewichts erblickte, das den ungarischen Staat innerhalb der Monarchie sich mit der Zeit erzwungen hatte, war man drüben von jeher beflissen, die Tendenz der Staatszerüttung auch in Ungarn auszulösen. Wiederholt im Laufe der jüngsten Jahre haben wir auf dieses Streben aufmerksam gemacht und es das Streben nach der „Parität im Glend“ genannt. Soll uns jetzt diese Parität beschieden werden? Die ungarische Nation wird sich jedenfalls mit der ganzen Kraft, über die sie verfügt, gegen ein derartiges Beginnen, mag es von wo immer ausgehen, zur Wehr setzen. Ein Friede, der den ungarischen Staat zwingt, seine Einheit und die Unverletztheit seines Gebietes aufzugeben, müßte ihm von einem Feinde, der nach unserer Niederwerfung in Budapest eingezogen ist, diktiert werden. In Wilsons Rundgebungen, in denen sich seine Leitfäden für den künftigen Frieden finden, hat die ungarische Nation auch den Satz gelesen, den man in Oesterreich übersehen zu haben scheint: den Satz, daß aus der Befriedigung der nationalen Ansprüche „sich nicht neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft ergeben dürfen, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden“. Wenn der kommende Friede ein Rechtsfriede sein soll, darf er unserem Staate nichts nehmen, was ihm seit einem Jahrtausend als rechtmäßiger Besitz zu eigen war. Und wenn er ein Dauerfriede sein soll, so darf er aus Ungarn nicht einen Brandherd von „Zwist und Gegnerschaft“ machen, darf er die seit einem Jahrtausend bestehende und geopolitisch als Naturnotwendigkeit begründete Einheit unseres Staatsgebietes nicht zertrümmern wollen, weil ein derartiges Unterfangen noch in viel höherem Maße, als es bisher auf dem Balkan der Fall war, den Frieden Europas mit voller Sicherheit immer wieder stören müßte. Das gilt, um endlich auch darüber ein offenes Wort zu sagen, ganz besonders von der Lösung der südslawischen Frage. Der Wilsonfriede, der den Polen einen „gesicherten, freien und zuverlässigen“ Zugang zum See verschaffen will, kann, darf und wird Ungarn nicht vom Meere abdrängen. Der ungarische Unterhändler auf dem künftigen Friedenskongreß wird auch darauf hinweisen können, daß Wilson und die Entente dem viel kleineren serbischen Königreiche ebenfalls den unheimlichen Zutritt zum Meere zu sichern wünschen. Von südslawischer Seite wird teils von einer Korridorlösung dieser Frage für Ungarn gesprochen, teils ein Beagevertrag in Aussicht gestellt, der dem ungarischen Staate die Be-